

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Christiane Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend Ökologisierung des Steuersystems und fairer Finanzierungsbeitrag der reichsten 10%

eingebracht im Zuge der Debatte Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema „Steuerreform 2015/2016; Das Entlastungsprogramm zur Stärkung der Kaufkraft und Schaffung von Arbeitsplätzen“

BEGRÜNDUNG

Die Bundesregierung hat am 17.3.2015 im Ministerrat ihre Steuerpläne vorgelegt. Im Zentrum steht eine Tarifanpassung. Von einer Steuerreform, die diesen Namen verdient, kann keine Rede sein, da eklatante Schwächen des Steuer- und Abgabensystems perpetuiert werden. Es fehlen insbesondere nachhaltige Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Einleitung der Energiewende durch eine Ökologisierung des Steuersystems.

Die wichtigsten Versäumnisse der Regierung sind:

- Fehlende Gendergerechtigkeit:
Mit dem vorgelegten SPÖ-ÖVP-Tarif werden die niedrigen Einkommen unterdurchschnittlich entlastet. Während eine Person mit 1.400 Euro Brutto/Monat (mittleres Fraueneinkommen) nur 370 Euro pro Jahr zusätzlich erhält, bekommt eine Abgeordnete zum Nationalrat (Bruttobezug 8.583 Euro/Monat) jährlich 2.143 Euro zusätzlich. Eine stärkere Entlastung der niedrigen Einkommen ist nicht nur aus verteilungspolitischen Überlegungen unbedingt notwendig, sondern auch um die Konjunktur anzukurbeln. Denn jeder zusätzliche Euro für niedrige Einkommen wird ausgegeben und fließt in die Wirtschaft zurück. Die zusätzlichen Euro für hohe Einkommen wandern im Gegensatz dazu meist aufs Sparbuch. Frauen kommen in niedrigen Einkommensgruppen häufiger vor als Männer. Deswegen erhalten Frauen im SPÖ/ÖVP-Tarif lediglich ein Drittel des gesamten Entlastungsvolumens. Die Entlastung von niedrigen Einkommen ist auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit.
- Fehlender Finanzierungsbeitrag der reichsten 10% inklusive Privatstiftungen:
Die Vermögen sind nur in den USA noch stärker konzentriert als in Österreich. Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über ca. zwei Drittel und das reichste 1% der Bevölkerung über 37% am Gesamtvermögen. Diese hohen Vermögen werden in Österreich kaum bis gar nicht besteuert. Die Besteuerung von Vermögen ist im OECD-Schnitt über drei Mal und im EU-Schnitt sogar vier Mal so hoch wie in Österreich. Trotz dieser Fakten ist ein Beitrag der Reichen und Superreichen, die ihr Vermögen oft in

Privatstiftungen parken, in den Regierungsplänen nicht vorgesehen. Das geplante „Solidaritätspaket“ der Regierung zur Gegenfinanzierung, das etwa die Erhöhung der Grunderwerbsteuer vorsieht, ändert an dieser Schieflage nichts, da zum einen Haushalte mit mittlerem Vermögen ebenfalls besteuert werden und zum anderen (hohe) Finanzvermögen nicht angetastet werden. Die Regierung hat es verabsäumt Maßnahmen zu setzen, die einen fairen Beitrag der reichsten 10% inklusive Beteiligung der Privatstiftungen sicherstellen. Die Tatsache, dass wir es in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren mit einer Erbengeneration zu tun haben, bleibt unberücksichtigt. Obwohl 19 von 28 EU-Staaten eine Erbschaftssteuer haben und diese zu den wachstumsunschädlichsten Abgaben zählen, wird deren Einführung nicht realisiert. Damit bleibt Österreich weiterhin ein Steuerparadies für Stiftungsmilliardäre, Reiche und Superreiche, von einem gerechten Abgabensystem kann nicht die Rede sein

- Fehlende Ökologisierung:
Im Bereich der umweltbezogenen Abgaben liegt Österreich im internationalen Vergleich im unteren Drittel. Dennoch fehlt die Ökologisierung in den SPÖ/ÖVP-Steuerplänen praktisch zur Gänze, zwei winzige Alibi-Maßnahmen können darüber nicht hinwegtäuschen. Damit wird bei den gegenwärtig niedrigen Energiepreisen ein historisches Zeitfenster verpasst, um dem Klimawandel, der Ressourcenverschwendungen und dem Schadstoffverbrauch gegenzusteuern. Ökologisches Umsteuern im Steuer- und Abgabensystem muss einem Bonus-Malus-System folgen: Wer viel (fossile) Energie verbraucht, zahlt mehr, wer Energie, Schadstoffe und Ressourcen schont, wird belohnt. Die Erwerbseinkommen könnten folglich noch zusätzlich entlastet und die Lohnnebenkosten der Unternehmen gesenkt werden. Die Grünen haben dafür ein detailliertes Modell mit einem Gesamtvolumen von 4 Mrd. Euro vorgelegt. Dieser Umbau im Steuersystem hat noch weitere positive Effekte, da Wachstum und Beschäftigung generiert und somit die Arbeitslosigkeit, die ohnehin Rekordwerte aufweist, bekämpft würden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat bis spätestens Mitte Juni einen Gesetzesvorschlag für eine Steuerstrukturreform vorzulegen, der eine echte Ökologisierung des Abgabensystems, die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer inklusive Privatstiftungen und einen geschlechtergerechten Steuertarif mit gleichmäßig verteilten Entlastungsvolumina beinhaltet.“